

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänisch, das Baltikum, Mittel- und Ost-Europa sowie die russischen Gebiete des Ostens u. Luxemburgs 20 Mk., für das übrige Ausland 27 Mk. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Klein-Anzeigen: Das fertige Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Weltzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Briand über Oberschlesien

Eine Rede in der Kammer / Wichtige Erklärungen / Merkbare Entspannung

Paris, 24. Mai.

In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Beratung über die auswärtige Politik der Regierung fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte, er begreife die Erregung, die sich angesichts der Ereignisse in Oberschlesien im Lande zeige. Während der Beratungen über den Friedensvertrag habe eine interalliierte Kommission die oberschlesische Frage genau geprüft. Die Arbeit habe mehrere Monate gedauert, und die Mitglieder der Kommission seien einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien Polen zuzusprechen. Auch die Alliierten hätten sich einstimmig diesem Beschluß angeschlossen, und diese Vertragsklausel sei Deutschland übermittleit worden, das dann in Gegenanschlag Anpruch auf diese Gebiete erhoben habe. Der Oberste Rat habe alsdann den Interessen Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Die Polen hätten starke Gründe gehabt, zu glauben, daß Oberschlesien ihnen zufallen werde. Bei der Abstimmung aber hätten 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe immer gewollt, daß der Friedensvertrag loyal ausgeführt werde. Niemand habe es die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müßten. Nach dieser Richtung sei er mit dem englischen Premierminister vollkommen einig.

Oberschlesien sei niemals als ein rein deutsches Land angesehen worden.

Die englischen und die deutschen Autoren, auch der deutsche Atlas, befanden das. Oberschlesien sei vor 600 Jahren mit Gewalt zu Deutschland gekommen. Der Vertrag sage, daß die Grenzbestimmungen nach geographischen Rücksichten getroffen werden müßten. Es wäre also keine gerechtfertigte Abstimmung, wenn man eine Unterscheidung machen wollte zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen den Stimmen der polnischen Arbeiter und der reichen Deutschen. Briand fuhr fort: Wenn in dem Minenbezirk die polnischen Arbeiter die Mehrheit der Stimmen hätten, dann müßten diese Stimmen bei dem Votum den Ausschlag geben. (Beifall.) Er lege das nicht in der Absicht, zu polemisieren, denn unter Alliierten müsse man dies in Ruhe auseinandersetzen und dürfe keine Hintergedanken haben. Dann werde man sich verstehen.

Man habe behauptet, Frankreich fordere, daß die Minenbezirke Polen zugesprochen würden, und es begünstige damit Polen. Nach einem Kriege, wie dem letzten, habe Frankreich das Recht, gewisse Befürchtungen zu hegen. Wenn man einem Lande wie Polen das Leben geben wolle, sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Von diesem Wunsche beseitigt, hätten die Alliierten Polen einen Zugang zum Meere durch Brücken hindurch gesichert. Das genüge aber nicht. Wenn ein Land nicht die Mittel zum Leben habe, dann sterbe es oder es falle der Herrschaft der Nachbarn anheim. In dem Bergwerksbezirk Oberschlesien habe Polen nicht nur die gesamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit nach Kommunen erlangt. Der französische Kommissar sei also berechtigt gewesen, seine Schlußfolgerung zu unterbreiten. Nach einer Auseinandersetzung über die Rolle des französischen, des englischen und des italienischen Kommissars sagte Briand, es bereite oft Angelegenheiten, wenn eine Debatte wie die über die Volksabstimmung auf dem öffentlichen Markte erfolge und wenn eine Presspolemik sich dieser Frage bemächtige.

Briand fuhr fort. Er habe noch eine schwere Stunde gegenwärtig.

eine dramatische Stunde der Londoner Konferenz.

Damals habe es den Anschein gehabt, der Unterschied in der Auffassung zwischen Frankreich und Großbritannien sei so groß, daß es unmöglich sei, die beiden Auffassungen einander näher zu bringen. Die Worte des englischen Premierministers lägen ihm noch in den Ohren, als er gesagt habe, er möge nicht der Staatsmann sein, der es mit seinem Gewissen verantworten müsse, ein so ernstes Ereignis vorbereitet zu haben. Wenn man das Gefühl des Ernstes eines solchen Ereignisses habe, dann sei es sicher, daß man alles tun werde, um es nicht zu provozieren, und Frankreich verlange, daß der Vertrag loyal spiele, und zwar in seinem Geiste und in seinen Worten. Ministerpräsident Briand gibt zu, daß die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu wärzigen, und um eine Grenzlinie zu ziehen. Die Alliierten müßten sich nach dem Abkommen wie in allen anderen Fällen aussprechen. Die Gerechtigkeit müsse siegen, und an dem Tage, an dem die Gerechtigkeit triumphiert habe, werde Oberschlesien vor der Anarchie gerettet sein (Beifall). Briand geht alsdann auf den Ursprung der Unruhen zurück und sagt, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie sollen das Opfer getroffener Abkommen sein. Von London aus habe er angeordnet, daß sofort dem französischen Vertreter telegraphiert werde, daß er alles unternehme, was in seiner Macht stehe, um die Ordnung wieder herzustellen und um die Menschenleben und die Vermögenswerte zu schützen. Hätte man etwa Blut vergießen sollen mit Tanks und Militärkräften? Frankreich habe 12 000 Mann in Oberschlesien; diese hätten die bedrohten Deutschen beschützt, die Ordnung sei wieder hergestellt.

Alle Welt müsse davon befriedigt sein. Der polnischen Regierung habe man mitgeteilt, daß ihre Landsleute sich ins Unrecht leiten. Die polnische Regierung habe die verlangten Maßnahmen ergriffen. Auch die Worte Lloyd Georges seien falsch ausgelegt und schlecht übermittleit worden. (Französische Zwischenrufe rechts.) Briand forderte die Kammer auf, den Takt einzuhalten, den die Debatte erfordere.

Ministerpräsident Briand erinnert an die Erklärung, die er in Abwesenheit des Parlaments in aller Öffentlichkeit habe machen müssen. Er habe Deutschland zu erkennen gegeben, wenn es Truppen entsende — wozu, wie er wisse, eine gewisse Ge-

neigtheit bestanden habe — dann würden ernste Ereignisse dadurch hervorgerufen. Die deutsche Regierung habe begriffen, er habe die Bedrückung gehabt, am nächsten Tage in den erregtesten Zeitungen eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken. Heute vormittag, zu früher Stunde, habe die deutsche Regierung mitgeteilt, daß alle Maßnahmen angeordnet seien, und daß die Zeitungen, die hehnten, verfolgt würden. Es sei auch mitgeteilt worden, daß der preussische Minister des Innern Sicherheitspolizei entsandt habe, um die angegebenen Instruktionen auszuführen zu lassen. Ministerpräsident Briand fährt fort: Sie können mir sagen, daß das Worte sind und daß wir seit zwei Jahren so viele Worte gehört haben, die nicht befolgt wurden, aber heute denke er loyal und aufrichtig, daß Dr. Wirth, der an der Spitze der augenblicklichen Regierung stehe, die sich auf eine andere Mehrheit stütze, als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe. Er habe seine Verpflichtungen gehalten und er, Briand, werde darauf nachträglich bei Besprechung der Londoner Beschlüsse zurückkommen. Dr. Wirth habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen.

Ministerpräsident Briand sagte alsdann, er habe eine Politik erläutert, er übernehme keine Verantwortung, die Kammer möge die ihrige übernehmen. Sie solle alsdann wählen zwischen seiner Politik oder einer andern. Die andere Politik wolle er nicht mitmachen ohne zwingende Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Ministerpräsident Briand fährt fort, er sei beauftragt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er müsse daran erinnern, daß der Friedensvertrag von Versailles ein einheitsliches, ein härteres Deutschland in bezug auf Kohäktion und Assimilierung der Rassen geschaffen habe als der Friedensvertrag von Frankfurt. Er wundere sich, daß man ihm Schwäche bei dem Gebrauch dieses Instrumentes vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen gegen das Parlament, nämlich durch die Besetzung von Düsseldorf, Aulenburg und Ruhrort, erfüllt. Abgeordneter Lardieu scheine die Vergangenheit vergessen zu haben und nur an die Zukunft zu denken. Nach einer Schilderung der Verhandlungen von London unterbreitete Briand die große Anstrengung der Belgier, um zu dem Ergebnis in London zu gelangen. Er Briand, wäre härter befaßt worden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art von Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte; auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Proteste von links hervorruft.) Briand fordert seine Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen.

Der Abgeordnete Kablemair ruft dazwischen: „Die Frage steht doch viel höher, als eine ministerielle Frage.“ Ministerpräsident Briand sagt, der Abgeordnete Kablemair habe ihn nicht verstanden. Wenn es sich um das Interesse Frankreichs handele und wenn er die Kammer auffordere, ihre Wahl zu treffen, dann handele es sich um eine Frage des allgemeinen Interesses. Die für ein isoliertes Frankreich seien, hätten zu bedenken, 200 000 Mann ständen vor dem Industriegebiet, das innerhalb acht Stunden besetzt werden könne. Er frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Abkommen von London getroffen hätte, das die Interessen Frankreichs sicherstelle, und wenn er juristisch gekommen wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich vertrete, müsse man erklären: ich will, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen. Wenn er das getan hätte, dann hätte man es ihm 8 oder 14 Tage später vorgeworfen. Prüfen Sie Ihr Gewissen, ruft Briand unter dem Beifall der Linken und der Mitte.

Er fährt fort, es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Er sei sicher, daß ihm das auch morgen gelingen würde, selbst in der Frage von Oberschlesien. Man müsse unermüdet daran arbeiten, die Einigkeit in der Welt aufrecht zu erhalten, aber nicht nur im Interesse Frankreichs, denn das britische Volk habe die gleichen Interessen wie das französische. Kein Volk könne mehr isoliert leben. Er steige von der Tribüne herab, indem er sage, die Lage Frankreichs sei weit davon entfernt, schlecht zu sein. Die Stimme Frankreichs sei gehört worden, und überall, in Amerika und in England besonders, würdige man die Festigkeit und die Mäßigung Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigung verzichten. (Lebhafter Beifall in der Mitte und auf der Linken, sowie auf einigen Bänken rechts und auf der äußersten Linken.)

Die Sitzung wurde für einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme erhielt das Wort

der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurioi.

Er erinnerte daran, daß der Abgeordnete Klotz von einer Schuldsomme Deutschlands im Betrage von 463 Milliarden gesprochen habe. Er geht dann dazu über, das Abkommen von Paris gegen das Abkommen von London abzuwägen. Man habe immer behauptet, daß die 68 Milliarden Goldmark, die man in London festgelegt habe, den 210 Milliarden Papierfranken entsprächen, die Frankreich verlange. Er erinnere daran, daß die sozialistische Partei, die jetzt in Deutschland der Regierung angehöre, die Pflicht zur Reparation anerkenne. Er frage, ob man etwa die Politik der Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland weiter verfolgen wolle, damit die Adulanten und Militaristen ans Ruder kämen. In diesem Falle müsse man die Jahresklasse 1919 fünfzig Jahre unter den Waffen behalten. Der Abgeordnete empfiehlt zum Schluß das Programm der Sozialdemokraten, das in Amsterdam aufgestellt wurde. Die arbeitende Klasse solle sich verständigend und dem grausamen Kriegszustand für die Völker ein Ende bereiten. — Die Weiterberatung wird alsdann auf morgen nachmittag vertagt.

Fort mit dem Kriegsgeschrei!

Die Nationalisten und Militaristen in allen Ländern sehen einander doch zum Verwechseln ähnlich! Sie schreien „Ehre des Vaterlandes“ und meinen die Sicherstellung des kapitalistischen Profits. Sie rufen „das ganze Volk“ zum Kampfe gegen den Feind auf und denken dabei doch immer nur an die Interessen der eigenen Klasse. Die oberschlesische Frage wäre schon längst erledigt gewesen, wenn nicht die französischen Nationalisten die günstige Gelegenheit ergriffen hätten, um doch noch eine neue Vergewaltigung der deutschen Wirtschaft zu versuchen, die durch die Annahme des Ultimatums verhindert worden war. Der polnische Aufstand in Oberschlesien wäre ebenso schnell erloschen, wie er entbrennen konnte, wenn es nicht in die Pläne des französischen Imperialismus gepaßt hätte, ihn über seine natürliche Lebensdauer hinaus zu unterstützen.

Aber auch den Säbeltrählern in Deutschland sind die oberschlesischen Wirren nicht unerwünscht gekommen. Nach ihrer Auffassung hat Deutschland ja gar nicht den großen Krieg verloren, und wenn nicht der berühmte Dolchstoß von hinten gekommen, wenn das deutsche Volk nur noch ein paar Kriegsjahre den Hindenburg und Ludendorff gefolgt wäre, so würde das deutsche Schwert über die ganze bekannte und unbekannte Welt triumphiert haben. Bitteres Unrecht wird uns zugesagt, so lamentieren sie jetzt; wir seien keineswegs verpflichtet, die Schlußfolgerungen aus der Tatsache zu ziehen, daß wir den Krieg verloren haben. Nun aber gilt es, für die Tat der Revanche sich vorzubereiten, und was man den Siegern von heute notgedrungen zugestehen muß, das darf nur unter der Voraussetzung geschehen, daß es ihnen morgen im Vergeltungskriege mit Zins und Zinseszins wieder abgenommen wird. Welch herrliche Gelegenheit also, unter dem Deckmantel der Rettung Oberschlesiens für die kommenden Kriege zu rüsten! Heute der Krieg gegen Polen, morgen der Feldzug gegen Frankreich und übermorgen der entscheidende Schlag wider die übrige Welt: Es ist wieder eine Lust zu leben!

Das deutsche Proletariat muß den Nationalisten, ob sie nun diesseits oder jenseits der Grenze ihr Unwesen treiben, so deutlich wie möglich zu verstehen geben, daß es alle diese kriegerischen Unternehmungen bis obenhin satt hat. Wenn die deutschen Arbeiter kämpfen wollen, so werden sie nicht kämpfen für die Ziele des deutschen Imperialismus, sondern sie werden kämpfen für die Forderungen des Sozialismus. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht die Pläne der deutschen Reaktion unterstützen, sondern sie wird arbeiten für die proletarische Revolution. Wir wollen, daß die Nationen endlich in friedlichem Wettstreit ihre Kräfte gegenseitig erproben und in gemeinschaftlicher Arbeit stärken. Wie wollen aber nicht, daß der Wiederaufbau der Welt immer aufs neue verzögert wird durch die Anmaßungen unbeschäftigter Militärs. Wir fordern, daß endlich die Bahn frei wird für den Sozialismus!

Wenn die deutschen Arbeiter so ihre Aufgabe im eigenen Lande erfüllen, so befinden sie sich in Uebereinstimmung mit den Klassenossen in Frankreich, die sich der Pflicht unterziehen, die französischen Säbelträhler zur Raison zu bringen. Soeben wird aus Paris gemeldet:

Abgeordneter Léon Blum schreibt im „Populaire“, die große französische Presse übertreibe und heute gern die Nachrichten aus Oberschlesien aus. Geschehe das auf Anraten der Regierung? Das wäre seitens des Ministerpräsidenten Briand eine sehr ernste und vielleicht für ihn tödliche Unflugsucht. Woran man vor allen Dingen erinnern müsse, sei, daß das neue deutsche Ministerium keine direkte Verantwortung für die oberschlesischen Ereignisse trage, daß es mit aller Gewalt den Anregungen Lloyd Georges widerstanden habe und daß es also augenblicklich nicht mehr Entgegenkommen gegenüber den Freikorps und Freiwilligen gezeigt habe, als die polnische Regierung gegenüber den Insurgenten Korsantus. Wer habe also ein Interesse, die Dinge zu verwideln? Niemand, mit Ausnahme derer, die seit vielen Monaten Frankreich dazu treiben wollten, das Ruhrgebiet zu besetzen, die ihre großen Absichten auf militärische oder industrielle Beherrschung durch die Annahme des Ultimatums seitens Deutschlands hätten zerstreuen sehen und die heute in den Ereignissen das Mittel sähen, die Werte wiederzuerlangen. Briand möge sich in acht nehmen. Er habe diesen Begehrlichkeiten schon von zu viel Nahrung gegeben; er könnte wohl morgen ihr Opfer werden.

Die in diesem Artikel enthaltene Anerkennung der Maßnahmen der deutschen Regierung darf uns nicht dazu verleiten, nunmehr die Hände in den Schoß zu legen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Erhöhte Aufmerksamkeit tut not. Der Reichspräsident hat eine Verordnungsgebung erlassen, wonach die Bildung von Freikorps oder die Beteiligung daran mit Strafe bedroht wird. Wir wissen, daß die Rebellen von rechts bisher außerordentlich glimpflich behandelt worden sind, während man gegen Arbeiter, die sich an Aufständen beteiligten hatten, mit den härtesten Strafen vorgegangen ist, die die bürgerliche Gesetzgebung überhaupt nur kennt. Wir fordern keine Ausnahmegesetze gegen die Ortschaften, wie man sie gegen die Teilnehmer am Märzputsch geschaffen hat. Aber das eine müssen wir verlangen, daß alle Nachmittage des Staates gegen die Ruhestörer aus den nationalistischen Kreisen eingesetzt werden. Wenn aber diese Verordnungen

nicht auf dem Papier stehen bleiben sollen, so müssen die Arbeiterorganisationen für ihre Ausführung Sorge tragen. Wir wollen nicht, daß einzelne Arbeiter eine Aktion auf eigene Faust beginnen, die sie den Fängen der bürgerlichen Justiz aussetzen könnte, aber wir müssen aufs neue verlangen, daß die in Betracht kommenden Gewerkschaften und Betriebsräte mit allen Kräften und Mitteln ausgestattet werden, um die Ausführung der Regierungsmassnahmen zu unterstützen. Wird diese Forderung erfüllt, so wird der nationalistische Spul sehr rasch verflohen sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat die Berliner Arbeiterklasse für heute abend zu einer Kundgebung gegen die Versuche aufgerufen, die ober-schlesischen Wirren zur Entfesselung eines neuen Krieges zu benutzen. Wir erwarten, daß diese Kundgebung einen starken Besuch aufweisen und dadurch zum lebendigen Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse werden wird, sich nicht länger zum Spielball nationalistischer Hehereien und militärischer Spielereien machen zu lassen. Die deutschen Arbeiter wollen aber zugleich dem internationalen Proletariat sagen, welches ihr Standpunkt in dieser Stunde ist: Die ober-schlesische Frage kann nicht durch Säbel und nicht durch Kanonen gelöst werden. Es liegt im Interesse des deutschen ebenso wie des polnischen Volkes, daß über Oberschlesien eine Verständigung herbeigeführt wird, die die Lebensnotwendigkeiten dieses Gebietes selbst, wie der von Deutschland und Polen berücksichtigt. Wenn die Regierungen dieser beiden Länder sich bisher als ohnmächtig erwiesen haben, zu einer solchen Verständigung zu kommen, so müssen wir jetzt von den Alliierten verlangen, daß sie endlich die ihnen nach dem Friedensvertrag zustehende Entscheidung fällen, und zwar so, daß sowohl das Abstimmungsresultat anerkannt wird, als auch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Polens geschützt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß auch in Oberschlesien gewahrt werden. Wenn das Land aufgeteilt wird, so muß durch Schaffung eines Wirtschaftsvertrags dafür gesorgt werden, daß die Rohstoffe wie bisher dem ganzen Gebiet zur Verfügung stehen.

Steht das Proletariat in diesen kritischen Stunden wiederum teilnahmslos beiseite oder glaubt es den kommunistischen Paroleschmeibern, daß aus dem ober-schlesischen Zustand die Weltrevolution erblühen werde, so wird es die Folgen dieser Untätigkeit bald zu spüren bekommen. Nur wenn die Stimme der deutschen Arbeiterklasse zusammen mit den Kundgebungen des Proletariats der anderen Länder zu einem gewaltigen Chor sozialistischer Willens zusammenschlägt, kann sie jene Wirkung erzeugen, der sich auch die Alliierten in ihren Entschlüssen beugen müssen!

Kundgebung der sächsischen Organisationen

An die gesamte Arbeiterschaft Sachsens!

Nach einwandfreien Feststellungen sind die Organisationen der Orgesch, trotz aller Ablehnungsversuche der rechts-tendenzen Presse, im vollen Aufmarsch begriffen. Die Reichsregierung und die sächsische Regierung hat in Verfolg des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen und Banden verboten. Die Leiter der Orgesch setzen sich nicht an diese Verbote, vielmehr werden unter dem Deckmantel nationaler Phrasen auch Arbeiter und Arbeitlose, genau wie beim Baltikum-Abenteuer, für diese verbrecherischen Zwecke eingezogen. Das deutsche Volk und vor allen Dingen die deutsche Arbeiterklasse müssen alles aufbieten, um diesen reaktionären Treibern, die zu den schwersten Folgen führen müssen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Eisenbahnbetriebsräte, die am ehesten in der Lage sind, die Gemeingefährlichkeit der verschleierten Orgesch-Transporte aufzudecken, sind bei der Ausübung ihrer im Interesse aller Volksgenossen gelegenen Aufgabe von solchen Banden zum Teil schwer mißhandelt worden. Nach eingehender gemeinsamer Besprechung mit den sozialistischen Parteien und den in Frage kommenden Gewerkschaften herrscht einmütig die Auffassung, die Eisenbahnbetriebsräte in der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe auf das Tatkräftigste zu unterstützen. Seid wachsam! Duldet keine Vorbereitungen, die zu einem neuen Baltikum-Abenteuer und Rapp-Putsch führen müssen.

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden.

Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Dresden.

Sozialdemokratische Partei Sachsens.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens.

Vereinigte Kommunistische Partei Sachsens.

Verbot der Freikorpswerbung

Verordnung des Reichspräsidenten

Amlich wird mitgeteilt:

Um eine Unterlage für die nachdrückliche Unterbindung der Bildung von Freikorps und anderen Freiwilligenverbänden für Oberschlesien in den anderen Teilen des Reiches zu geben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministeriums in Ergänzung der bestehenden Strafbestimmungen eine besondere Verordnung erlassen. Danach wird mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft, wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt. Auch jede Art der Geldunterstützung solcher Unternehmungen ist danach strafbar, ebenso die Werbung und die Aufnahme von Werberwerbungen in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Alliierten zusteht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Der Wortlaut der Verordnung

Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1.

Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 24. Mai 1921.

Der Reichspräsident.

gez. Ebert.

Der Reichskanzler.

gez. Dr. Wirth.

Der Reichsminister des Innern.

gez. Dr. Gradnauer.

Die Sperrung der ober-schlesischen Grenze

Die polizeilichen Massnahmen zur Sperrung der ober-schlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das Preussische Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen sollen.

Vipinski zum Orgehschunfug

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages ergriff der Minister des Innern, Vipinski, das Wort zur Frage der Freiwilligen- und Massentransporte nach Oberschlesien und zu dem Vorfall auf dem Dresdner Bahnhof, wo vor einigen Tagen ein Zusammenstoß zwischen Reisenden aus Bayern und dem Betriebsrats-Vorsitzenden stattgefunden hatte. Vipinski erklärte, daß die Polizeibehörde angewiesen sei, dauernd auf Verhinderung solcher Transporte bedacht zu sein. Nachdem die Reichsregierung bereits festgestellt habe, daß die Werbung, Zusammenstellung und der Transport von Freikorps verboten sei, sei in Sachen eine weitere Verfügung ergangen, die sich gegen etwaige Transporte durch sächsisches Gebiet wendet. Auch in Leipzig und Chemnitz würden die Züge scharf überwacht; es seien bereits mehrere Transporte angehalten worden.

Der erste Kriegsverbrecher-Prozess

Die Weiterführung der am Montag mittag unterbrochenen Verhandlung gegen den ehemaligen Unteroffizier Heynen wurde mit der weiteren Vernehmung der englischen Zeugen ausgefüllt. Sie bestätigten übereinstimmend die Aussagen der vor ihnen vernommenen Zeugen. Einige Zeugen wurden auf den Kopf geschlagen, andere mit Kolbenstößen mißhandelt, weil sie sich sträubten, Bergarbeit zu leisten. Eine besondere Rolle spielt der Fall Croß, der unter die kalte Dultge gestellt wurde. Croß habe schon vorher Zeichen von Geisteskrankheit gegeben. Ein anderer Zeuge, der sich über die Behandlung im Bergwerk beim Angeklagten beschwerte, behauptet, deshalb von ihm geschlagen worden zu sein. Er betont, es seien in dem Lager Strafen bis zu 56 Tagen bei Wasser und Brot verhängt worden. Ein weiterer Zeuge sagt aus, er sei mit dem Gewehrlosblei gestochen worden und dabei zu Boden gefallen. Wer in der Nähe des Angeklagten gewesen sei, habe immer Stöße bekommen. Unten im Bergwerk seien die Engländer von den Zivilarbeitern mit Revolvern bedroht worden.

Auch die Verhandlung am Dienstag beginnt mit der weiteren Vernehmung der englischen Belastungszeugen. Ihre Aussagen ergeben im wesentlichen das gleiche Bild. Bezeichnend ist noch die Schilderung eines Vorganges, bei dem der Angeklagte einen Klotz nach einem Gefangenen geworfen hat, glücklicherweise ohne ihn zu treffen, weil der Mann sonst auf der Stelle tot gewesen wäre. Der Kaufmann Rademacher, der in dem Kriegsgerichtsverfahren gegen Heynen als Gerichtsschreiber tätig war, macht gegen die englischen Kriegsgefangenen geltend, daß sie darauf ausgegangen seien, die Bergarbeiter zu reizen. Nach der Verkündung des Urteils des Kriegsgerichts sei der englische Zeuge Baker zu ihm gekommen und habe ihm zu verstehen gegeben, daß die Sache ja nicht so schlimm gewesen sei. Der Zeuge Baker bestritt entschieden, eine solche Aeußerung getan zu haben. Die Verhandlung dauert fort.

Der anlässlich der Prozesse gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten in Leipzig anwesende Solicitor General Sir Ernest Pollock und das Mitglied des englischen Unterhauses Major Chilcott haben dem Präsidenten des Reichsgerichts Delbrück und dem Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer offizielle Besuche abgestattet.

Noch keine Aufhebung der Sanktionen

Wie mitgeteilt wird, ist bei der deutschen Regierung über die Aufhebung der Sanktionen und der Räumung von Ruhrort-Duisburg, womit nach Pressenmeldungen bis zum 6. Juni zu rechnen sein sollte, nichts bekannt. Es hat vielmehr den Anschein, als ob die Franzosen Düsseldorf und andere neue besetzte Städte länger besetzen und sich dort häuslich einrichten wollen. Dafür spricht auch, daß in Düsseldorf von den Franzosen der Bau einer neuen Kaserne gefordert worden ist, der etwa 12 Millionen kosten wird. Weiter ist auch der Bau von neuen Stallungen verlangt worden. In der Nähe Düsseldorfs sollen außerdem zwei neue Schießplätze angelegt werden, die ein Kostenaufwand von 1½ Millionen erfordern.

Die Reparationsangelegenheit

W. T. S. gibt bekannt: Die Arbeiten in der Reparationsangelegenheit gehen in den beteiligten Ministerien in vollem Umfang weiter. Die Beratungen im Finanzministerium sind so weit gediehen, daß in dieser Woche die Aussprache mit Sachverständigen beginnen kann. Was die Frage des Indexschemas betrifft, so wird auch an dieser wichtigen Frage weiter gearbeitet.

Schließung der Schichauwerke

Elsing, 24. Mai.

Die gesamten Elsbinger Schichauwerke sind am Montag mittag, 12 Uhr, stillgelegt worden. Am Freitag hatten größere Ansammlungen vor dem Verwaltungsgebäude stattgefunden, die in lärmende Kundgebungen ausarteten. Die Leitung der Schichauwerke hatte in diesen Kundgebungen Drohungen und ungesetzliche Gewaltmaßnahmen erblüht. Sie hatte infolgedessen an ihre Arbeiterschaft eine strenge Warnung vor Wiederholung solcher Kundgebungen erlassen. Die Kesselschmiede lehnten sich gegen dieses Verbot auf. Da sie von ihrer Ansicht nicht abzubringen waren und weitere Massnahmen sich vorbehielten, antwortete die Verwaltung darauf mit der Stilllegung der gesamten Werke. Die Stilllegung kam so plötzlich, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen gänzlich überrascht wurde.

Da die Schichauwerke untrüblichst bekannt sind als Brutstätte anmaßendster Scharfmachereien, ist fast mit Gewissheit anzunehmen, daß die Schauergeheulen der obigen Meldung über das Auftreten der Arbeiterschaft zum mindesten stark übertrieben sind oder daß die Arbeiter schon ihre guten Gründe für ihre Massnahmen hatten. Seltsam mutet es nur an, daß in einem Lande, in dem das Unternehmertum in solchen Fällen volle Freiheit des richtungslosen Handelns hat, Sozialpolitiker die Idee vertreten, daß den Gewerkschaften die Freiheit des Handelns genommen werden soll, was auch der neue Entwurf der Schlichtungsordnung bezweckt. Oder glaubt man etwa, daß solche Scharfmachereien durch Geschesparagraphen beseitigt oder gehemmt werden könnten? Die Schichau-Leute werden lachen

Wie die Schieber auf Reichskosten schmarnozen

Der bisherige Reichsfinanzminister Wirth hat am 25. April 1921 dem Reichstage eine Denkschrift über die „Entwicklung des sogenannten Elberfelder Lebensmittelvertrags“ zugehen lassen, die sich liest wie ein Schundroman. Es handelt sich kurz um folgendes:

Die Eisenbahndirektion in Elberfeld oder das Reichsernährungsministerium oder das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten oder sonstwer — keiner will es gewesen sein — hat sich im Jahre 1919 von einer Kölner Firma für 350 000 000 Mark meist minderwertige, zum Teil sogar verdorbene Waren aufhängen lassen. Die Lieferanten waren Belgier. Auf Veranlassung des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wurde bei der Durchführung des Geschäfts ein Finanzfachverständiger hinzugezogen, und zwar ausgerechnet die — Kölner Vermittlungsfirma. Da die Bevölkerung den als Nahrungsmittel gelieferten Dreck zum Teil nicht gekauft hat, ist ein Verlust von hundertfünfundszwanzig Millionen Mark entstanden, der nach dem Vorschlage des Reichsfinanzministers aus der Reichskasse gedeckt werden soll.

Das Reichsfinanzministerium verschweigt den Namen der Kölner Vermittlungsfirma; es verschweigt, wieder diese Firma Provision erhalten hat. Das Reichsfinanzministerium versichert jedoch, daß alle beteiligten Beamten ehrenwerte Leute seien und keinem eine strafbare Handlung nachzuweisen sei. Merkwürdigerweise vergißt es anzugeben, welche Schritte es unternommen hat, die Kölner Firma und die beteiligten Beamten zur Tragung des Schadens zivilrechtlich heranzuziehen.

Nebenbei bemerkt, kann man aus der Denkschrift den Schluß ziehen, daß die Defizite der Staatsbahnen zu einem wesentlichen Teile auf ähnliche Geschäfte zurückzuführen sind, die sich schon vor dem 350 000 000-Mark-Geschäft abgespielt haben.

Eine Offerte

Der Deutsche Lehrerverein und die christlichen Gewerkschaften

Der Beschluß des Deutschen Lehrervereins, die größte deutsche Lehrer-Organisation zu einer Gewerkschaft auszubauen, die sich aller gewerkschaftlichen Kampfsmittel bedienen will, veranlaßt Herrn Baltrusch, einen der Führer des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Ohren gewaltig zu spitzen. Es könne noch hingehen, schreibt er im Organ Stegerwalds „Der Deutsche“, daß die Erzieher der deutschen Jugend zwecks Durchsetzung ihrer Berufsangelegenheiten sich des Mittels des Streiks bedienen wollen, obwohl man zusehen könne, ob das notwendig und zweckdienlich sei. Entsetzlich aber sei es, daß die neue Lehrergewerkschaft sich dem Deutschen Beamtenbund anschließen und dafür wirken will, daß dieser als gewerkschaftliche Vertretung mit den Organisationen der Angestellten und Arbeiter zusammenarbeitet. Da der Deutsche Beamtenbund in ausichtsreichen Verhandlungen mit dem A. D. G. W. zwecks Anschluß an ihn stehe, so könne dieser Beschluß nur so zu verstehen sein, daß die Lehrergewerkschaft durch ihren Anschluß an den Beamtenbund auch gleichzeitig Anschluß an die freien Gewerkschaften suchen wolle.

So folgert Herr Baltrusch. Ob er die Absichten der Führer des Deutschen Lehrervereins damit ganz richtig kennzeichnet, wissen wir nicht. Zunächst liegt nur ein Beschluß vor, der allerdings Anlaß zu der von Baltrusch ausgesprochenen Vermutung geben kann. Aber ein Beschluß ist noch keine Tat, und der Weg von Beschlüssen bis zu entscheidenden Handlungen ist manchmal weit. Uns amüsiert aber das Entsetzen, das die Vorstellung, eine deutsche Lehrergewerkschaft könne Hand in Hand mit freien Gewerkschaften arbeiten, bei Herrn Baltrusch hervorruft. Er schreibt nämlich:

„Man denke: Die Erzieher der deutschen Jugend stehen im Begriff, zum Teil vielleicht unbewußt, sich in die engste Gesellschaft der gewerkschaftlich organisierten und rein materialistisch orientierten Sozialdemokratie zu begeben! Alle christlich-nationalen Kreise unseres Volkes sind in ihrem Gewissen verpflichtet, alles zu tun, um die nichtsozialdemokratisch gesinnten Lehrer von diesem verhängnisvollen Schritt abzuhalten.“

Man denke . . . sind auch wir versucht, auszuruhen. Welch ein Unheil schwebt da über dem Haupte des deutschen Volkes! Es ist ein Glück, daß Herr Baltrusch hellsehend genug ist, das drohende Unheil rechtzeitig zu erkennen und das öffentliche Gewissen entsprechend zu schärfen. Aber er sieht nicht nur das Unglück voraus, sondern er weiß auch einen Ausweg. Daß die Lehrer Anschluß bei der gewerkschaftlich organisierten Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft suchen, ist durchaus verständlich und richtig, meint Herr Baltrusch. Aber dazu brauchen sie keineswegs „bei der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratie zu landen“. Denn es besteht doch „erfreulicherweise“ bereits eine Zusammenfassung aller auf christlich nationalem Boden stehenden Beamten-, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. Hier gehören die Lehrer hin, erklärt Herr Baltrusch, womit er sagt, daß nach seiner Ansicht ein deutscher Lehrer notwendig christlich national sein muß. Er verläumt es nicht, die genaue Adresse des Deutschen Gewerkschaftsbundes hinzuzufügen, wie es sich für eine ordentliche Geschäftsofferte gehört, und er betont ferner, daß der Herr Ministerpräsident Stegerwald Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist.

Das ist ein deutscher Wink an die Lehrer. Will Herr Baltrusch etwa damit andeuten, daß der Herr Ministerpräsident die preussischen Lehrer als Beamte entsprechend behandeln wird — je nachdem, ob sie dem von ihm vertretenen Deutschen Gewerkschaftsbund zuneigen oder den freien Gewerkschaften? Wir nehmen an, daß sowohl Baltrusch wie Stegerwald die Artikel der Reichsverfassung kennen, die den Terror gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer jeder Richtung streng untersagen. Die Lehrer aber werden hoffentlich aus dieser mehr als aufdringlichen Offerte machen den Schluß ziehen, daß sie sich durch nichts einschüchtern lassen dürfen, sondern lediglich nach ihrem eigenen und besseren Einsehen handeln müssen.

